

# Private Alternativen zur Staatsuniversität : die Universität als ordnungspolitisches Problem

Autor(en): **Radnitzky, Gerard**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **84 (2004)**

Heft 5-6

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-167145>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Private Alternativen zur Staatsuniversität

## Die Universität als ordnungspolitisches Problem

*In Deutschland ist das Hochschulwesen fast zu 100 Prozent ein Staatsmonopol. Die wissenschaftliche Vormachtstellung der USA beruht hingegen auf den wenigen weltweit renommierten Privatuniversitäten.*

**Gerard Radnitzky**

*Gerard Radnitzky war bis zu seiner Emeritierung Professor für Wissenschaftstheorie an der Universität Trier. Seine Veröffentlichungen finden sich unter [www.radnitzky.de](http://www.radnitzky.de).*

Ursprünglich war die *Universitas* als Institution gedacht, an der junge Menschen sich zu Forschern ausbilden lassen konnten. Würde man heute zu dieser Konzeption zurückkehren, so hätte dies ein Gesundenschrumpfen der Universitäten zur Folge. Dies stünde allerdings im Widerspruch zur populären sozialdemokratischen Forderung «Bildung für alle», die dazu geführt hat, dass die Massen in die Universitäten drängten, was bei Studenten und Dozenten eine markante Senkung des Niveaus bewirkte.

Zur Sanierung des derzeitigen Systems braucht es zunächst auf allen Ebenen mehr Wettbewerb, eine Erkenntnis, die sich langsam durchzusetzen beginnt. Hans Barber und Karen Horn haben kürzlich in der FAZ dafür plädiert, dass die Studierenden durch Aufnahmeprüfungen selektioniert werden sollten, wobei die Qualität der Selektion durch eine ständige Erfolgskontrolle zu gewährleisten wäre. So entstünde ein Wettbewerb der Universitäten um die besten Studenten und ein Wettbewerb der Studenten um die besten Universitäten. Eine jährliche Rangliste der Universitäten im jeweiligen Fach würde bei der Auswahl helfen.

Studiengebühren sollten ebenfalls eine Selbstverständlichkeit sein. Sie vermitteln den Studenten die Einsicht, dass ein Studium eine Investition in das eigene Humankapital ist. Wer sein Studium als Investition in die Zukunft sieht, berücksichtigt bei der Studienwahl auch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Förderung hochbegabter Studierender ist im öffentlichen Interesse und darf daher aus Steuermitteln erfolgen. Der finanzielle Status der Eltern sollte bei

der Begabtenförderung allerdings keine Rolle spielen.

Die eigentliche praktische Berufsausbildung gehört, auch bei sogenannten akademischen Berufen wie Rechtsanwälten, Managern, Seelsorgern aller Konfessionen und Lehrkräften, an die Fachhochschulen. Diese wären allerdings aufzuwerten und ebenfalls zu privatisieren.

Der Nobelpreisträger James Buchanan kritisierte schon 1970 die staatlichen Universitäten wie folgt: *«The result of state owned universities has been universities as places where the «consumers» (students) do not buy, the «products» (faculty) do not sell and the «owners» (trustees, state boards etc.) do not control.»*

### Bildungshunger – privat zu stillen

Warum ein staatlich verwaltetes System nicht sehr leistungsfähig sein kann, soll anhand eines Gedankenexperiments veranschaulicht werden. Man stelle sich ein sozialistisches Land vor, in dem der Staat Restaurant-Mahlzeiten als ein öffentliches Gut bereitstellt. (Im idealtypischen Sozialismus sind bekanntlich alle Güter und Dienstleistungen «öffentliche Güter».) Wie würde das System funktionieren, das dieses Ziel realisiert, und wie würde es aussehen? In jedem Distrikt werden staatlich betriebene Restaurants eingerichtet. Das Essen ist gratis. Finanziert wird es durch Steuern. Die Bürger dürfen nur die Restaurants ihres Distrikts benutzen. Allerdings ist es Snobs oder Gourmets erlaubt, auch private Restaurants zu besuchen. Aber in diesem Fall müssen sie ihr Essen zweimal bezahlen: einmal zwangsweise als Steuerzahler (ohne die Freiheit, das Restaurant



selbst auszuwählen) und ein zweites Mal als Kunde im Privatrestaurant ihrer Wahl. Die (vermutlich wenigen) Privatrestaurants könnten nur überleben, wenn es ihnen gelänge, Konsumenten von staatlichen Restaurants wegzulocken, in denen sie alles gratis (zum «Nulltarif») bekommen. Den Bürgern wird von popularitätshaschenden Politikern dazu noch vorgespiegelt, dass das öffentliche Gut, nämlich das Restaurant-Essen, sie tatsächlich nichts koste, obwohl sie es ja selbst zwangsweise mit Steuergeldern finanzieren, wobei der eigene Kostenanteil intransparent bleibt.

Wie sieht die Anreizstruktur für die Betreiber des staatlichen Restaurants aus? Die Leitung wird durch die Regierung finanziert. Wenn sie rational handelt, ist sie mehr daran interessiert, die Politiker zufriedenzustellen als die Konsumenten. Anreize zum Sparen gibt es nicht, denn steigende Kosten und sinkende Qualität des Essens demonstrieren für die Politiker (und die Öffentlichkeit) nur die Notwendigkeit, die Investition öffentlicher Mittel noch weiter zu erhöhen. Es kommt zu der in der Politik allseits sattsam bekannten Forderung: mehr Steuergeld für die Erbringung bisheriger Leistung. Weil die Konsumenten nicht die Möglichkeit haben, ihren Kostenanteil (d.h. das, was sie anteilig an Steuern für das Essen zwangsweise bezahlen) herauszunehmen – z. B. durch Gutscheine, um damit in einem anderen, frei gewählten Restaurant zu zahlen –, haben sie kaum die Chance, sich gegen Restaurants mit zunehmend miserablen Service erfolgreich zur Wehr zu setzen. Man versteht, warum ein solches System tendenziell zu höheren Kosten und zu schlechterem Service führen muss. Kein vernünftiger Politiker würde es wagen, ein solches System als Alternative zur privaten Versorgung mit Restaurants zu empfehlen, und kaum jemand würde erwarten, dass das staatliche Restaurant-System effizienter wäre als das private.

Kann man dieses Gedankenexperiment auf die Bildung übertragen? Kann auch der Bildungshunger besser durch private Trägerschaften gestillt werden? Das Beispiel der USA zeigt, dass die Vermutung

nicht aus der Luft gegriffen ist. Zumindest wären die staatlichen Anbieter durch gleichberechtigte private Alternativen unter Wettbewerbsdruck zu setzen. Diese privaten Alternativen müssen gegen den Widerstand derjenigen durchgesetzt werden, die vom jetzigen System profitieren und die im eigenen Interesse behaupten, private Universitäten seien weder «sozial» noch «gerecht», obwohl die Bildungschancen der unbemittelten Begabten durch eine generelle subjektbezogene öffentliche Begabtenförderung auch in einem wettbewerblichen Bildungswesen voll gewahrt werden könnten.

Margaret Thatcher konnte seinerzeit nicht einmal die Einführung eines Gutschein- (*Voucher*) Systems durchsetzen, das eine freie Wahl zwischen Universitäten unterschiedlicher Trägerschaft ermöglicht und damit die Bildungsangebote dem Wettbewerb ausgesetzt hätte. Die gesamte Bildungsbürokratie sabotierte die Idee. Der amerikanische *Public-choice*-Ökonom Gordon Tullock zog daraus den Schluss, dass die Einführung wettbewerblicher Strukturen im Bildungswesen erst dann erfolgreich sein könne, wenn die gesamte Bildungsbürokratie ausgewechselt werde. Die Privatisierung erzeugt nämlich bei den Politikern und Bürokraten im Schul- und Hochschulbereich einen enormen Machtverlust. Die Lehrerschaft wird dadurch dem eisigen Wind des Wettbewerbs und damit auch dem Risiko des Scheiterns ausgesetzt. Wettbewerb ist für die Anbieter immer mit jenem Leistungsdruck verbunden, der dann auf der Nachfrageseite zur Qualitätssteigerung und zur kontinuierlichen Anpassung an sich wandelnde Bedürfnisse führt. Wer kein Interesse hat, sich diesem Leistungsdruck des Wettbewerbs zu stellen, wird konsequenterweise alles tun, um Privatisierungen und private Konkurrenz zu verhindern. ■

---

***Staatliche Anbieter  
wären durch private  
Alternativen unter  
Wettbewerbsdruck  
zu setzen.***

---

